



Bestimmter Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr., 1/4 Sgr. Anzeigengebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Reklamschrift 1/4 Sgr.

Expedition: Perrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmahl, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 22. Mittags-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Donnerstag, den 14. Januar 1864.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Altona, 13. Jan. Da die dänische Zollgrenze jetzt an die Eider verlegt ist, so haben die Bundes-Commissarien durch eine heute veröffentlichte Bekanntmachung über die zeitweiligen Zollverhältnisse gegen das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schleswig unter Anderem Folgendes verordnet. Dänemark und Schleswig sind vom 22. v. M. ab in Betreff der eingehenden und der ausgehenden Güter und der Schiffsabgaben bis auf Weiteres dem Auslande gleich zu achten. Da die dänische Regierung hinsichtlich der Transitgüter es bei dem Bestehenden belassen hat, so soll es auch diesseits dabei verbleiben. Natürlich unterliegen diese Güter der erforderlichen Zoll-Controle. Erlaubnißscheine zum Probenhandel und Concessions-scheine, die nach dem 21. v. M. für Dänemark und Schleswig gelöst sind, gelten für Holstein nicht. Abgaben von der Schiffsahrt nach Dänemark und Schleswig sind nach den geltenden Taren zu erheben. Der Verkehr mit zollpflichtigen Waaren zwischen Holstein und Schleswig ist landwärts nur über die Zollämter in Rendsburg und an der Kanalbrücke bei Lebensau gestattet. (Zum Theil schon gemeldet.)

Altona, 13. Jan. Nach dem „Kieler Wochenblatt“ haben die Bundescommissäre in Altona der gestern empfangenen Deputation erwiedert: Sie enthielten sich grundsätzlich jeden directen Verkehrs mit der dänischen Regierung und müßten deshalb auch die Angelegenheit, betreffend die Zurückforderung der Holsteiner aus dem dänischen Heere, dem Bunde überlassen, dem sie wiederholt darüber Bericht erstattet. Sie seien bereit sich deshalb nochmals nach Frankfurt zu wenden und die bezüglichen Petitionen zu beschriften. Eine Auslieferung der übergetretenen Holsteiner habe nicht stattgefunden und wollten sie hierüber nochmals mit dem commandirenden General Hake conferiren. Auf das Ersuchen der Deputation, in einer amtlichen Bekanntmachung die Holsteiner vom Fahnenede entbinden und die Uebertretenden aus amtlichen Mitteln zur Rückkehr in die Heimath unterstützen zu wollen, glaubten die Commissäre nicht eingehen zu können, denn eine solche Bekanntmachung würde nach aller Wahrscheinlichkeit sofort den Kriegesfall herbeiführen und müßten sie sich innerhalb ihrer Competenz halten.

Herr v. Körner meinte: sie seien im Ziele Alle einverstanden, könnten naturgemäß Bestrebungen, die im übrigen Deutschland erlaubt sind, nicht entgegenstehen, müßten aber dringend ermahnen, das richtige Maß einzuhalten.

Hamburg, 13. Jan. Der Thermometer zeigte in der verfloßenen Nacht 14 bis 15 Grad unter Null. Die Schiffsahrt von Glückstadt ist wegen des starken Treibeises schwierig.

München, 13. Jan. Die „Bayerische Zeitung“ sagt: Die von Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die deutschen Großmächte im Einvernehmen mit Baiern beim Bunde Maßregeln gegen den Central-Ausschuß zu beantragen beabsichtigten, ist aus der Luft gegriffen. Die bayerische Regierung übt in Handhabung des Vereinsgesetzes ihre Pflicht, mag es ihr auch noch so peinlich sein; sie ist aber nicht Willens, noch veranlaßt, weiter zu gehen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

26. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (13. Januar.)

Die Tribünen sind nur spärlich besetzt; am Ministerische anfänglich nur mehrere Regierungscommissäre, später die Minister v. Koon und v. Bodelschwingh.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung kurz nach 10 1/2 Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Die gestern beschlossene Commission zur Vorberathung des v. Rönne'schen Antrags, betreffend die Cartell-Convention mit Rußland ist gewählt worden und besteht aus folgenden Mitgliedern: v. Carlowitz (Vorsitzender), Pfänder (Stellvertreter des Vors.), Lent (Schriftführer), Dr. Hummel (Stellvertreter des Schriftf.), v. Bonin, Geisendorff, Bresgen, Blodmann, Chomje, Schröder, Cornely, Dr. Ebertz, Bassenge (Kauan) und Gerth.

Das Haus tritt hierauf in die Tages-Ordnung ein und genehmigt dem Antrage der Abtheilung gemäß, die Wahl des Abg. Meibauer im dritten königsberger Wahlbezirk, an Stelle des Abg. Dr. Möller, welcher abgelehnt hat.

Von dem Abg. Dr. Beder (Dortmund) ist folgender Antrag eingebracht worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle erklären: Es ist dringend notwendig, daß die königliche Staatsregierung auch auf die Beschaffung solcher Kleidungsstücke Bedacht nehme, welche dem Heere bei einem Winterfeldzuge notwendig sind.“ — Der Antrag wird ausreißend unterstützt.

Abg. v. Rönne: Von Seiten der Landesvertretung ist schon wiederholt eine Erhöhung der Besoldung in unserer Armee beantragt worden; in den bisher durchberathenen 24 Titeln sind der Staatsregierung schon über 300,000 Thaler für das Heer bewilligt worden und dennoch müssen wir vernehmen, daß unsere Truppen Mangel leiden an den notwendigsten Kleidungsstücken. Ja, der Abg. v. Hoyerbed hat uns gestern sogar Mittheilungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß die Verwaltung sich an die öffentliche Wohlthätigkeit gewandt habe, um diesem Mangel abzuhelfen. Wenn diese Thatsache in den Staaten, mit denen wir eine Militärconvention abgeschlossen haben, allgemeine Aufregung herbeiführt, so darf man sich nicht wundern; denn wie soll Preußen dieselben erforderlichen Falls schützen, wenn es ihm jetzt schon an Bekleidungsstücken für seine Truppen fehlt? Dies ist aber nicht allein bei den nach Holstein ausgerückten Heeresabtheilungen der Fall, sondern eben so sehr bei den an der polnischen Grenze stehenden Truppen; denn auch vor dorther appellirenden Frauen an den Patriotismus menschenfreundlicher Herzen, damit dem „Bedürfnis“ abgeholfen werde. Dasselbe Bedürfnis herrscht endlich auch bei den an der Jabbe Garnisonen, wie sich aus dem Umstande ergibt, daß der Magistrat von Queblinburg beschloß hat, für das dorthin ausrückende Bataillon sofort 100 Thlr. zu spenden und außerdem Sammlungen zu veranstalten. Der Herr Kriegsminister hat uns gestern zwar gesagt, Jeder, der auch nur die geringste Einsicht in die Militärverwaltung besitze, eingesehen müsse, daß in der ausgiebigsten Weise für die Truppen gesorgt sei; damit stehen indeß die Thatsachen und des Herrn Kriegsministers eigenes Schreiben an den patriotischen Verein in Widerspruch.

Denn in diesem Schreiben räumt er das Bedürfnis geradezu ein und führt die Möglichkeit des Falles als Entschuldigung an, und daß ohne patriotische Mitwirkung des Volkes dem Bedürfnisse nicht genügend begegnet werden könne. Die einfachen Facta liefern den Beweis, daß wirklich ein Mangel vorhanden ist. Wenn wir nun auch die Zwecke nicht kennen, für welche unsere Truppen in die Herzogthümer geführt werden, so ist doch für unsere Söhne und Brüder Vorkehrung zu treffen, daß sie nicht erfrieren. Es fragt sich nun, ob hier der Staat allein einschreiten oder ob zu außerordentlichen Mitteln gegriffen werden solle. Der Herr Kriegsminister hat uns gestern auch von dem reichlichen Zustrom der patriotischen Beiträge gesprochen unter besonderem Hinweis auf die spätere Theilnahme der Nation an gewissen Andern, von der Presse pomphaft empfohlenen Sammlungen. Aber mit diesem „reichlichen Zustrom“ steht kein Schreiben an den patriotischen Verein zu Hallen nicht ganz im Einklange, in welchem er sich über die Gleichgültigkeit des Publikums für diese Angelegenheit wundert und ausdrücklich an den Patriotismus appellirt. Allerdings meine ich auch, daß Jeder verpflichtet sei, nach Kräften auf Beseitigung der vorhandenen Mängel hinzuwirken. Wirkliche, nachhaltige Hilfe ist aber nur denkbar und möglich, wenn man sich nicht wie der Kriegsminister auf einen spezifisch preussischen Standpunkt stellt und den bevorstehenden Kampf als einen totalen betrachtet, sondern man muß die uns gegenwärtig so tief berührende Frage so wie wir und mit uns, meine ich,

die große Majorität der Nation, es thut, als eine deutsch-nationale betrachten. — Wir glauben, daß mit Schleswig-Holstein zugleich die politische Größe und Einheit Deutschlands geopfert werden; diese Größe und Einheit aber sind das große und vornehmste Ziel, nicht die Steigerung des politischen Gewichtes der beiden sogenannten deutschen Großmächte, welche durch ihre undeutliche Politik in der schleswig-holsteinischen Frage, durch ihr Pochen auf ihre europäische Großmachtstellung und durch ihr Festhalten an dem londoner Vertrage zur Genüge dokumentiren, daß ihnen nicht das Wohl und Behe des gesammten deutschen Vaterlandes und der deutschen Nation am Herzen liegt, sondern daß sie nur bedacht sind auf Vermehrung und Erhöhung ihrer Heeresmacht, — und gebe darüber auch das deutsche Vaterland zu Grunde. — Uebrigens glaube ich nicht, daß ein bloßer Appell an die Mildeithätigkeit ausreichen werde; ich glaube aber, daß es unerlässlich sei, daß unsere Truppen bei der herrschenden Jahreszeit sofort besser gekleidet werden; und wenn nur der Kriegsminister die Erklärung abgebe, daß er die ihm zu bewilligenden Summen ausschließlich für diesen Zweck verwenden wolle und werde, so würde Niemand an eine Verweigerung derselben denken.

Abg. v. Binde-Olbendorf gegen den Antrag: Wenn er auch mit der Tendenz und den Zielen desselben einverstanden sei, so liege dem Hause doch die geistige Erklärung des Kriegsministers vor, daß er für die Truppen Alles gethan habe, was möglich sei. Der Antrag scheine vorauszusetzen, daß die Kleider der Soldaten immer für den Winter eingerichtet sein müßten: es sei aber eine Winter-Campagne nur die Ausnahme, und man wolle die Bekleidungsgegenstände doch nicht den Witterungsbedingungen. Es frage sich nur, ob die Militärverwaltung im vorliegenden Falle ihre Vorbereitungs-Maßregeln rechtzeitig getroffen habe. Thatsache sei übrigens, daß wenige Militärverwaltungen in Europa so trefflich seien, wie die unsrige; daß aber auch bei den besten miltäre Umstände eintreten können, lehre das Beispiel Englands während des Krimkrieges. Der Antrag selber sehe ihm aus, als habe er bloß den Zweck, politisches Kapital zu machen. Der Regierungs-Commissar erklärt, der Antrag würde gestern vielleicht am Plage gewesen sein, heute gestellt, erscheine ihm derselbe verspätet und grundlos, da der Herr Kriegsminister sich gestern schon vollständig darüber ausgesprochen habe, daß alles Notwendige für die Truppen seinerseits geschehen sei. Auf die speziellen Mittheilungen, welche durch den Abg. v. Rönne dem Hause gemacht worden, könne er sich deshalb nicht einlassen, sondern nur noch hinzufügen, daß für die nach Holstein gesandten Truppen eine vollständige Fürsorge getroffen worden sei, und zwar nicht bloß von gestern an heute, sondern von Anfang an. Von Mangel an Fürsorge könne unter keinen Umständen die Rede sein.

Der Präsident bemerkt, der Abg. Dr. Beder habe in der That seinen Antrag schon gestern, als das Haus mit Position XVIII. des Stats beschäftigt war, eingebracht. Der gestern in Berathung stehende Gegenstand sei aber nicht congruent gewesen mit dem Inhalte des Antrages; dies sei erst heute der Fall, und deshalb habe er den Antrag erst heute mitgetheilt. Abg. Dr. Beder (Dortmund): Ich würde meinen Antrag haben fallen lassen können, wenn der Kriegsminister nicht gestern unsere Partei mit so außerordentlichen Innungen bedacht hätte. Obgleich seiner Auslassungen steht doch die Thatsache fest, daß preussische Truppen in Winterquartiere haben rücken müssen, ohne für diese Jahreszeit gehörig ausgerüstet zu sein. Wenn gesagt worden, daß eine solche Ausrüstung stets Zeit erfordere, so wäre doch bei der starken Fabrication Deutschlands an groben wollenen Waaren dem sehr schnell abzuwehnen gewesen. Der Vortraber hat auf die außerordentlichen Mängel der englischen Militärverwaltung hingewiesen, um darzutun, daß dergleichen in allen Armeen vorkommen könne; aber die Vorkommnisse im Krimkrieg sollten uns vielmehr als warnendes Beispiel, denn als Trost dienen. Der Antrag hat nicht den Zweck, politisches Kapital zu machen, sondern er soll dem Lande zeigen, daß, wenn wir auch große Summen vom Militäretat streichen, wir doch keine Ersparnisse auf Kosten der Gesundheit unserer Soldaten machen wollen, damit wir nicht am Ende auch für deren Mängel verantwortlich gemacht werden.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag des Abg. Dr. Beder angenommen. Dagegen stimmen die Conservativen, die Katholiken und die Liberalen.

Der Antrag der Commission zu Tit. 39, 350 Thlr. Gehaltszulage für einen zweiten Präses der Remonte-Anstalts-Commission abzusehen, wird vom Reg.-Commissar bekämpft, von dem Abg. v. Sauten-Larpuzischen und dem Ref. Abg. v. Baerst unter Hinweis auf den bereits mitgetheilten Beschluß des Abg.-Hauses vom 17. Sept. 1862 verteidigt und schließlich mit großer Majorität angenommen.

Die folgenden Titel werden den Anträgen der Commission gemäß ohne Diskussion angenommen; eine Ausnahme macht nur der Posten, welcher die Beiträge von Wohnungs- und Stallverdiens für die neuerreichten Regiments-Commandeure der Artillerie-Brigaden enthält, da, nachdem das Haus gestern das Gehalt für diese Stellen bewilligt hat, heut auch diese Kosten genehmigt werden müssen.

Die Commission beantragt ferner: die Ausgaben für die Kadettenhäuser aus dem Tit. 44 und 45 auszuschneiden und in besonderen Titeln aufzuführen. Der Regierungs-Commissar macht auf die Schwierigkeit für das Kassensystem bei Vernehmung der Titel aufmerksam; das Haus genehmigt den Commissions-Antrag. — Bei dem folgenden Antrage der Commission: auf Abziehung der Ausgabe für fünf neue Stellen (ein etatsmäßiger Stabs-offizier und 4 Premier-Beutnants) mit 3600 Thlr. bemerkt der Regierungs-Commissar, daß diese Stellen keine neuen seien und es sich hier nur darum handle, etwas abzulesen von einem Etat, der früher nicht in der Weise vorgelegt worden. Das Cadettencorps beanspruche seitens des Staates keine Zuschüsse, es erhalte sich aus seinen Einnahmen selbst. Das Kadettencorps könne nicht ohne Commandeur sein. — Der Commissions-Antrag wird angenommen. — Ohne Diskussion genehmigt das Haus den Antrag der Commission: Die königl. Staatsregierung anzufragen, endlich den Entwurf eines Militär-Pensionsgesetzes vorzulegen.

Nachdem so die einzelnen Posten des Militärbudgets erledigt sind, stellt sich der Gesammetat im Ordinarium folgendermaßen: Die Regierungsverordnung zeigt an Einnahmen 565,416 Thlr., davon sind nach den Anträgen der Commission 544,373 Thlr. bewilligt, 20,706 Thlr. als Reorganisationskosten abgesetzt und verworfen, und 37 Thlr. im Ordinarium abgesetzt worden. Als Ausgabe führt die Regierungsverordnung 37,845,135 Thlr. an, während nach den Commissions-Anträgen nur 32,189,608 Thlr. einschließlich 155,347 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. als künftig wegfällig, 5,625,634 Thlr. als Reorganisationskosten zu verwerfen und 33,721 Thlr., oder mit Abrechnung von 3,300 Thlr., 30,421 Thlr. im Ordinarium abzuziehen sind.

Zu diesen Anträgen der Commission hat der Abg. v. Binde-Olbendorf folgendes Amendement gestellt: „Die als Kosten der Reorganisation aufgeführten 5,625,634 Thlr. als Extraordinarium für das Jahr 1864 zu bewilligen.“

Abg. v. Binde: Er wolle dem Hause noch einmal recht dringend an's Herz legen, die geforderte Summe unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu bewilligen. Er wolle keineswegs bloß auf die möglichen Bewilligungen in Holstein hinweisen, sondern auch auf die ganze bevorstehende politische Entwicklung und auf die dunkle Zukunft, in welche das Land blicke. In einem solchen Augenblicke sei die Verweigerung der Kosten unmöglich und ein solcher Beschluß würde nicht ausgeführt werden können. Sein Antrag solle auch keine Präcedens für die Zukunft sein, und deshalb beantrage er noch die Annahme folgender Resolution: „Das Haus erkläre, daß es die Mehrkosten der Reorganisation mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Entwicklung als Extraordinarium bewilligt, ohne dadurch irgendwie die Reorganisation als definitiv genehmigt zu erachten.“

Abg. Neichensperger: Gegen die Ausführungen des Vortraders habe er sachlich nichts einzuwenden, doch könne er der daraus gezogenen Konsequenz nicht zustimmen. Man habe anerkannt, daß das Ministerium unmöglich dem beschlossenen Budget stricke zustimmen könne, sondern daß es mit Nachtragsforderungen kommen müsse, um eine Ueberleitung aus dem factischen Zustand in den rechtlichen eintreten zu lassen. (Sehr richtig!) Die Ausgaben für die schleswig-holsteinische Angelegenheit müßten gedeckt werden und zwar auf dem Wege der Specialforderung. Er könne deshalb nicht für den Antrag stimmen, obwohl er die Bedenken des Antragstellers theile.

Abg. Dr. Simon: Die Antragsteller seien der Ansicht, daß ihr Antrag keine Chancen habe; es komme ihnen auch nur darauf an, ihre Stellung zu dieser Frage zu markiren. Er sei damit einverstanden, daß die Regierung

nicht das Recht habe, für eine Organisation, der es an jeder gezielten Grundlage fehle, eine Bewilligung im Ordinarium zu fordern, wie sie es gethan habe, obwohl er die Grundlage der Organisation für überaus gut anerkenne. Er stehe nach wie vor auf dem verfassungsmäßigen Standpunkt, daß, sobald das Haus irgend eine Ausgabe getrichen habe, die Staatsregierung kein Recht habe, diese Ausgabe dennoch zu leisten. (Sehr gut!) Dagegen halte er sich daran, daß die Majorität des Hauses selbst die Ausführung ihres Beschlusses nicht wolle. Nun möge man doch ein Mittel angeben, welches zu ergreifen wäre, wenn das Haus sage, es habe einen Beschluß gefaßt, wolle aber nicht, daß er ausgeführt werde; sei dies möglich, so würde er dem Beschlusse zustimmen. Wenn er seine Phantasie so weit erheben könnte, um sich auf einem der Ministerstühle sitzend zu denken, so würde er bei solchem Beschlusse als correcter Minister sagen: „Ihre Ansichten helfen mir nichts; Sie haben einen Beschluß gefaßt, den muß ich ausführen, oder wenn ich dies nicht kann, mich meiner Stellung als Minister begeben.“ Juristisch habe man für ein solches Verfahren zwei Bezeichnungen; es sei entweder ein Scherz, wenn man etwas sage, was man nicht wolle, oder eine Simulation, wenn man etwas sage, aber das directe Gegenheil wolle. Das Haus habe aber weder zu scherzen, noch zu simuliren, deshalb empfehle er die Annahme des Binde'schen Antrages.

Abg. Dunder: Ich bin dem Vortrader dankbar dafür, daß er hier die Gründe für seinen Standpunkt entwickelt hat. Er wünscht im Wesentlichen die Grundlage der Reorganisation, die Partei, der ich angehöre, wünscht dieselbe nicht. (Laute Zustimmung.) Die Freigabe der Reorganisationskosten, die wir vornehmen, ist daher kein von uns beabsichtigter Scherz, keine Romdie, sondern die ernsthafte Erfüllung der Pflicht, die Rechte des Landes zu wahren. (Lebhafter Beifall.) Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Mehrheit des Hauses nur darüber, ob nach Streichung der Reorganisationskosten nachher auf den Standpunkt von 1859 zurückgegangen werden soll oder ob dieser Standpunkt nur als Ausgangspunkt für größere Verbesserungen der Heereseinrichtung, die verfassungsmäßig zu vereinbaren wären, dienen solle. (Lebhafter Zustimmung.) Aeußerungen von Rednern der Mehrheit, dahin gehend, daß die Streichung der Reorganisationskosten thatsächlich nicht ausgeführt werden solle, sind meines Wissens nicht gemacht. Es ist vielmehr von solchen nur ausgesprochen worden, daß sie sich der Ansicht nicht verschließen, wie die Ueberleitung aus dem jetzigen factischen Zustande zu einem rechtlichen, mit den Beschlüssen des Hauses conformen, allerdings Mittel erfordern würde, die das Haus dann einer künftigen Regierung, welche diese Vereinbarung zu Stande bringe, gewiß nicht verweigern werde. (Zustimmung.)

Noch weniger aber können uns die Motive des Antragstellers gegenwärtig in diesem Verfahren betreffen. Wir berathen das ordentliche Budget, den Friedenszustand der Armee. Sind durch die gegenwärtigen Verhältnisse außerordentliche militärische Maßnahmen nöthig, so mußte die Regierung eine besondere Vorlage machen. Aber ich glaube nicht, daß eine solche Vorlage auf Annahme rechnen könnte. Die Zukunft ist allerdings dunkel, aber wechselfähig? Weil die Regierung uns über ihren Standpunkt im Dunkeln läßt, und wenn wir darnach fragen, nur mit Höhn antwortet (Beifall). Weil wir nicht wissen, ob die beanspruchten Mittel gegen den auswärtigen Feind oder dazu bestimmt sind, gegen einen mißliebigen Bundesgenossen den deutschen Bürgerkrieg heraufzubehören (Lebhaftes Bravo), so würden wir auch diese verweigern müssen (Wiederholter, lebhafter Beifall). Seine Mahnungen hätte der Antragsteller daher besser an die Herren am Ministerische richten müssen, damit von dort endlich dafür gesorgt werde, daß die dem Auslande gegenüber jetzt allerdings mehr als je notwendige Einheit zwischen Regierung und Volksvertretung endlich hergestellt werde (Allseitiger leb. Beifall).

Die Diskussion wird geschlossen. — Referent Abg. v. Baerst: Es handelt sich hier nicht um die Zukunft, nicht um die Gegenwart des Vaterlandes, sondern um die verfassungsmäßigen Rechte des Landes, die wir wahren müssen. Wollten wir den Antrag des Abg. v. Binde annehmen, dann sind wir wieder auf demselben Punkte angelangt, von dem wir ausgegangen. Wir haben unsere Pflicht zu thun und nichts weiter, gegen das Land und die Verfassung. (Bravo.) Zum Schlusse, meine Herren, will ich daran erinnern, daß wir Alle nichts schneidlicher wünschen, als eine Vereinbarung mit der Staatsregierung. Das ist keine Hebensart, meine Herren, sondern das Wort eines Mannes, welchem das Beste seines Vaterlandes am Herzen liegt. Ich bitte Sie, den Antrag des Abg. v. Binde zu verwerfen. (Bravo.) — Abg. v. Brandenburg (zur Geschäftsordnung): Da ich durch den Schluß der Diskussion verhindert bin, zu erklären, unter welchem Vorbehalt ich für den Antrag des Abg. v. Binde stimmen möchte, so werde ich jetzt gegen denselben stimmen.

Nach einer längeren Discussion über die Fragestellung wird darauf die in der Regierungsverordnung als Einnahme geforderte Summe von 565,416 Thlr. vom Hause mit großer Majorität verworfen. Dafür stimmen nur die Conservativen, die Mehrzahl der katholischen Fraction und Graf Scherwin. Der Commissionsantrag, 544,373 Thlr. als Ordinarium zu bewilligen, wird fast einstimmig angenommen, 20,706 Thlr. dem Antrage des Abg. v. Binde entsprechend in das Extraordinarium verwiesen und alsdann vom Hause verworfen. Für den Binde'schen Antrag stimmen nur die Liberalen, einige Abgeordnete der katholischen und der conservativen Fraction und die Minister v. Koon und v. Schlow. — Die von der Regierung geforderte Summe von 37,845,135 Thlr., einschließlich 112,767 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., künftig wegfällig, wird verworfen, darauf die Summe von 32,189,608 Thlr., einschließlich 155,347 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., als künftig wegfällig im Ordinarium genehmigt, 5,625,634 Thlr. in das Extraordinarium verwiesen und darauf bei namentlicher Abstimmung mit 280 gegen 35 St. verworfen. Es stimmten für die Bewilligung: v. Aulod, Graf Bethusy-Suc, v. Brodhagen, Graf Winan, v. Basse, v. Denzin, v. Eisner, Engelbrecht, Graf Fint v. Fintenstein, Feigil, Franz, Gahn (Rathbor), Febr. v. d. Heydt, Jaensch, v. Jagow, v. Kathan, Graf Schlauwe, Rümbe, v. Wittsche-Gollande, v. Nibelshaus, v. d. Osten, Graf Pfeil, Freiherr v. Nächstofen, Romahn, v. Koon, Schnapla, Graf Franken-Sierstorff, Simon, Graf Strachwitz, v. Schlow, Febr. v. Binde-Olbendorf, v. Waldow-Meisenstein, Graf Wartenleben, v. Weiber und Woepke. — Mit dieser Abstimmung ist auch die vom Abg. v. Binde beantragte Resolution gefallen, und tritt das Haus, welches sich sehr leert, in die Berathung des Extraordinariums des Militärbudgets ein.

Bei dem ersten Posten des Extraordinariums: 85,800 Thlr. zur Herstellung eines über die östlichen Provinzen des Staates zu legenden trigonometrischen Netzes, dessen Nichtbewilligung die Commission beantragt, entspinnt sich eine längere Debatte, in der zunächst Abg. v. Binde-Olbendorf das Wort gegen den Commissions-Antrag erhält. In einem ausführlichen Vortrage legt derselbe die historische Entwicklung der in Rede stehenden Angelegenheit dar, indem er dem Hause Mittheilungen aus verschiedenen Berichten und Schriftwerken macht, welche zum Theil bis in das Jahr 1808 zurückreichen. Er beruft sich auf Aeußerungen Alexanders von Humboldt und besonders auf die Autorität des Generals Bayer, welche in ganz Europa Geltung habe, und sucht nachzuweisen, daß von Seiten der Staatsregierung die Sache nur nicht in der rechten, dem Zwecke entsprechenden Weise angegriffen worden sei. Er schlägt deshalb an Stelle des Commissions-Antrages dem Hause vor, die 85,000 zu bewilligen, und dabei die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die Ausführung einer wissenschaftlichen Commission übergebe.

Zwischendurch hat Vizepräsident v. Unruh den Vorschlag übernommen. Abg. Stabenhagen für den Comm.-Antrag: In der Commission sei Niemand gewesen, der sich nicht lebhaft für die Sache interessirt hätte, allein nach den an die Commission gelangten Mittheilungen der Staatsregierung habe die Commission nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß dieser große Gegenstand in einer Weise ausgeführt werden würde, wie es die Höhe und Würde der Wissenschaft verlange. Derselbe gehöre überhaupt eigentlich auf den Etat des Cultusministers, und er empfehle dem Hause, das Verlangen an die Regierung zu richten, daß dieselbe die Art der Ausführung nochmals, und besser, überlege, und dann die Sache auf den nächsten Etat bringe.

Der Reg.-Commissar befürwortet die Bewilligung. Die Sache scheint ihm hier lediglich zur Personfrage geworden zu sein, und in dieser Beziehung vertritt er die Rechtfertigung des Kriegsministeriums und der Regierungs-Commission hinsichtlich der Behandlung des vorliegenden Gegenstandes. — Der jetzt schriftlich eingebrachte Antrag des Abg. v. Binde findet ausreißende Unterstützung. — Demnach erhält der Abg. Sartorius das Wort gegen diesen Antrag. Redner ist auf der Tribüne völlig unterständig

lich. - Abg. Kerst spricht für den Commissions-Antrag, weil man durch die Verweigerung des Geldes auf ein Jahr die Ausführung nicht wesentlich aufhalte, sondern im Gegentheil fördern werde, indem man es dann in die rechten Hände lege.

Abg. Michaelis hält seinen schon in der Commission gestellten Antrag aufrecht, die Staatsregierung aufzufordern, alljährlich bei Vorlegung des Staatshaushaltsplans in einer besonderen Denkschrift über den Fortgang der Herstellung eines über die öffentlichen Provinzen des Staates zu legenden trigonometrischen Netzes dem Landtage ausführlich Auskunft zu geben. Er macht auf die Nothwendigkeit der Ausführung der Landesvermessung aufmerksam, damit Preußen nicht unabhigerweise in dieser Beziehung hinter den anderen großen Staaten zurückbleibe. Aus der Ablehnung der Summe entstehe nicht nur eine Verzögerung auf ein Jahr, sondern es werde wieder eine Commission zusammengetreten und Jahre lang über einen Plan berathen und so die Sache auf lange Zeit hinausgeschoben werden. - Abg. Sta. v. Hagen hält trotz der Ausführungen des Regierungs-Commissars und des Vorredners die Annahme des Commissionsantrages für wünschenswert. - Der Regierungs-Commissar v. Bofe vertheidigt den Generalstab gegen einige Bemerkungen, welche Zweifel an der Tüchtigkeit des Generalstabes zur Ausführung dieses Werkes ausstrcken.

Nachdem darauf der Schluß angenommen, vertheidigte der Referent v. Baerz noch einmal den Comm.-Antrag, worauf bei der Abstimmung vom Hause die beiden von Binde und von Michaelis beantragten Resolutionen angenommen wurden, und darauf auch die geforderte Summe von 85,000 Thlr. bewilligt wird. Ohne Debatte werden ferner bewilligt die Titel 2-8 zum Wiederaufbau des abgebrannten Kornmagazins in Berlin 80,000 Thlr., des Journee-Magazins 7130 Thlr., zur Vollendung des Baues der Dampfmahle in Danzig 7419 Thlr., zur Beendigung des Neubaus der Kriegsbderei in Posen 12,370 Thlr., zum Ersatz der beim Brande des Garnisonhospitals in Grottkau verloren gegangenen Bekleidungs-Soll-Vestnde der drei reitenden Batterien der Schlesischen Artillerie-Brigade Nr. 6 5100 Thlr., zum Bau einer Defensions-Kaserne für ein Infanterie-Bataillon in Magdeburg 100,000 Thlr., zum Bau eines Kasernements in Danzig 80,000 Thlr. Bei Tit. 9 beantragt die Commission die Nichtbewilligung der verlangten 30,000 Thlr. zum Bau eines Kavallerie-Kasernements zu Königsberg. - Der Reg.-Commissar und Abg. Graf Wartensleben bekämpfen den Commissions-Antrag aus Zweckmchtigkeitsgrnden, während der Abg. Sta. v. Hagen und der Referent das Bedürfniß bestreiten, worauf die begründete Summe mit der gewöhnlichen Majorität gestrichen wird. Die in den Tit. 10 und 11 verlangten 135,000 Thlr. zum Bau eines neuen zusammenhängenden Kasernements für das Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regt. Nr. 2 in Berlin, und 40,000 Thlr. zum Bau eines zweiten bombensicheren Garnison-Lazareths in Königsberg in Pr. werden bewilligt. Zu Tit. 12 beantragt die Commission die Nichtbewilligung der zum Bau eines Garnison-Lazareths in Jülich verlangten 25,000 Thlr.

Gegen den Commissionsantrag wendet sich der Abg. Bluhm, indem er aus seinen eigenen Erfahrungen nachzuweisen sucht, daß die im Commissions-Bericht aufgeführten Gründe, namentlich daß Jülich sehr ungesund gelegen sei, und es daher leicht in Frage kommen dürfe, ob es nicht angemessen sein möchte, die Garnison überhaupt von dort zu verlegen oder doch wenigstens zu verringern. - Der Reg.-Commissar tritt seinen Ausführungen bei.

Abg. Birchow und der Referent treten denselben entgegen und vertheidigen den Commissionsbericht, worauf der Antrag der Commission angenommen wird.

Die übrigen Positionen des Etats werden smmlich nach den Anträgen der Budget-Commission und am Schluß die ganzen Summen des Extraordinariums mit 1,471,919 Thlr. bewilligt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der 13. Commission über den Geleketwurf, betreffend die Verbesserung des Contracten- und Hypothekenwesens im Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein.

Der Justizminister Graf von Lppe spricht der Commission seinen Dank für die Gründlichkeit aus, mit welcher dieselbe der ihr gestellten Aufgabe nachgegangen sei, und erklärt, daß die Regierung die von der Commission vorgelegenen Aenderungen acceptire. - Hierauf wird der Geleketwurf ohne weitere Debatte angenommen. Ebenso die Geleketwrfe, betreffend die Einführung der Concursordnung vom 8. Mai 1858 und des Gesetzes über die Befugniß der Gläubiger zur Anfechtung der Rechts-handlungen zahlungs-unfähiger Schuldner außerhalb des Concurses, vom 9. Mai 1855, in dem Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, und wegen Aufhebung der lex Anastasia in den Landestheilen des gemeinen Rechts.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und der Präsident schließt die Sitzung gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften etc., die Anderung des § 13 des sachsenhusischen Provinzialrechts, Bericht der Justiz-Commission über das Schreiben des Staatsministeriums in Betreff der Preis-Verordnung und der nachträgliche Bericht der Justiz-Commission über die Freilassung der polnischen Abgeordneten.

Berlin, 13. Jan. [Ankndg.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Vaurath Jester zu Heilsberg den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Ober-Steuer-Controleur, Steuer-Inspector Falkenberg zu Glabach, dem Haupt-Postkammer-Assistenten Ernst zu Wittenberg im Kreise Westpreußen, und dem evangelischen Pfarrer Fromm zu Jerchel im Kreise Stendal den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Kammerherrn und Landrath Grafen Clemens v. Schminning zu Münster den königlichen Kronorden zweiter Klasse, dem Geheimen Kommerzienrath Bau-douin zu Berlin den königlichen Kronorden dritter Klasse, dem Medicinalrath und Notar, Justizrath Kellermann zu Gnesen, dem Kanzleirath Helbing im Finanzministerium und dem Bürgermeister Machatius zu Gnesen den königlichen Kronorden vierter Klasse, dem Steuer-Einnehmer Große zu Mddern im ersten jerichowischen Kreise, dem Förster Besje zu Coochstedt im Kreise Westpreußen und dem emeritirten Stullehrer Gland zu Schaffarnia im Kreise Stralsburg das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Secunde-Lieutenant v. Toll,  la suite des 1. Westpreu. Grenadier-Regts. Nr. 6 und kommandirt nach Wabed, und dem Secunde-Lieutenant Kaumann des 2. Rhein-Infant-Regts. Nr. 28, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Berlin, 13. Jan. [Se. Majestät der König] nahmen heut folgende militärische Meldungen in Gegenwart des Commandanten entgegen: des Oberst-Lieut. v. Schönfeld und des Hauptmanns von Panz vom sterreichischen Generalstabe, des Obersten v. Below, Commandeur des 8. Kürassier-Regiments, des Obersten v. Decker der 2ten Art.-Brigade, des Majors v. Schuroth vom Königs-Hus.-Regt., der Majore v. Brandenstein und v. Lemmers; dann die Vorträge des Wirklichen Geh. Rathes, Geh. Cabinetraths Maire und gemeinschaftlich die der General-Lieutenants v. Nolke und Freiherrn v. Mantuffel und des Ministerpräsidenten v. Bismarck. Außerdem empfangen Se. Majestät den Grafen Blome-Salza und Herrn v. Redenberg. Zum Diner bei den königlichen Majestäten haben einige zwanzig Personen Einladungen erhalten, darunter mehrere Minister.

[Seine Majestät die Königin] war am vorigen Montag beim Vortrage im evangelischen Verein anwesend. (St.-A.)

K. C. [Der wahrscheinliche Schluß der Session.] Die Annahme, daß der Schluß der Session sehr bald bevorsteht, wird dadurch nicht alterirt, daß die Regierung noch in den letzten Tagen eine Anzahl von Eisenbahn-Vorlagen eingebracht hat. Diese Vorlagen haben wohl nur die Bestimmung eines politischen „Schahes von guten Werken“; sie lassen sich bei passender Gelegenheit als Zeugnisse umfassender Sorge für das Wohl der materiellen Interessen mit Nutzen verwenden. Im Uebrigen erhält jene Annahme einen neuen Anhalt durch die immer bestimmter auftretende Nachricht, daß die Regierung Mittel gefunden habe, ihre finanziellen Bedürfnisse ohne die Landes-vertretung zu decken. Man spricht nämlich von folgendem Arrangement mit der Seebehandlung: Ein königlicher Schuldschein solle bei der Seebehandlung deponirt werden; bis zur Höhe desselben würde die Seebehandlung Wechsel auf hiesige Bankhufer ziehen, die dann von der Bank discountirt, und bis zur Umwandlung dieser Anleihe in eine Staatsanleihe bei der Bank immer von neuem prolongirt würden. Die Operation wäre also ein Hereinziehen der Krone in die finanziellen Verlegenheiten der Regierung, und der politische Hintergrund wäre dabei, daß man die Krone zu jedem Schritt zu drängen hofft, welcher die Umwandlung jener Schuld in eine Staatsanleihe ermöglicht, d. h. welcher die Schaffung einer geistigen Volksvertretung ermöglicht. So erzählt man heute, unter Berufung auf Personen, die ein Interesse haben, auf unrichtigt zu sein. Doch ist in dem jetzigen officiellen Preußen bekanntlich vor dem wirklich entgeltlichen Abschlusse nie etwas abgeschlossen.

[Abg. v. Sybel] hat wegen dauernden Unwohlseins auf ärztlichen Rath sich in die Heimath begeben, da er dringend der Ruhe bedarf.

[Das Herrenhaus] hält am Sonnabend Sitzung. Auffallender Weise verlautet von dem Commissions-Bericht über die Preßnovelle immer noch nichts; am 8. d. Mts. soll die Commission ihre letzte Berathung gehalten haben.

[Das Behrend'sche Handlungshaus.] Einem Schreiben aus Danzig entnimmt die „B. u. S.“:

Die im Sommer hier fallt gewordenen Handlungshuser haben smmlich entweder bereits ganz regulirt, oder stehen doch der Regulirung sehr nahe. Unter den letzteren befindet sich auch die Handlung des Herrn S. Behrend, der seinen ursprünglichen Plan, nach Berlin übersiedeln, aufgegeben hat und jetzt, von seinem Bruder Mar getrennt, bereits wieder Getreide-Ankäufe in groerem Umfange macht. Die Gläubiger der Handlung S. Behrend erhalten ca. 25 pCt. Die Handlung A. Norden u. Comp., welche bei einem Handlungscapital von ca. 16,000 Thlr. gegen 120,000 Thaler Passiva hatte, hat mit 15 pCt. regulirt und macht ebenfalls wieder Geschäfte.

In Sachen Schleswig-Holsteins. Aus Mitteldeutschland, 11. Januar. [Conservative Zeugniß.] B. A. Huber, der conservative und streng-religiöse Genossenschaftsgelehrte, hat in einer eben erschienenen kleinen Schrift ein nachdrckliches Zeugniß für Schleswig-Holstein und gegen die Bismarck'sche Politik abgelegt.

Tönning (Schleswig), 8. Jan. [Entlassungen. - Ver-kehr mit Holstein.] Unsere Senatoren sind neulich bis auf zwei und unsere Stadtdeputirten smmlich in Folge Verweigerung des ihnen abermals vorgelegten Homagialeides entlassen worden. Wie es scheint, giebt man sich hier viele Mühe, die beregten Vacanzen neu zu besetzen, allein ohne Erfolg, da man hier durchgehends auf andere Zeiten hofft. - Die Winterkälte, welche freilich von manchen Seiten unangenehm empfunden wird, hat bereits eine feste Eisdcke über die Eider gelegt, so daß ein Verkehr zu Fuß mit Holstein gestattet ist. Allein da ist von anderer Seite eine Sperrung eingetreten, indem nicht allein die Zollgendarmerie, sondern auch das Militär die Grenze aufmerksam bewacht und am Tage Keinen ohne Paß passiren lässt, während Abends nach Sonnenuntergang jeder Verkehr zwischen beiden Ufern unflathhaft ist und eine Arretirung der betreffenden Personen zur Folge hat. - Auch von hier aus und aus der Landtschaft sind bereits an verschiede-nen Tagen zahlreiche junge Leute nach Holstein und Hamburg gegan-gen, theils um sich vor einer erwarteten Einberufung zu schzen und theils um ihre Dienste dem Herzoge von Augustenburg anzubieten. - Man glaubt hier allgemein, daß die Bildung einer neuen schleswig-holsteinischen Armee bevorsteht, obgleich uns die Zeitungen nur spärlich zugehen und sonstige Nachrichten immer mit einiger Vorsicht hierbei gelangen müssen, wenn Niemand compromittirt werden soll. Ein offener Anschluß an die bisheriger Vorgänge in Holstein darf wohl erst dann erwartet werden, wenn eine Umwandlung der bisherigen Zustände eingetreten ist. (B. N.)

[Das Eis.] Der hieser Hafen ist ganz und die flensburger Fhrde theilweise zugefroren. Eisfrei sind bisher die Buchten von Apenrade und Eckernförde, sowie der Msund und sonderburger Hafen, welche daher zur Seecommunication mit dem ebenfalls eisfreien Hafen von Korsr benutzt werden. Zwischen Eckernförde und Korsr fahren seit einigen Tagen Postdampfschiffe. Ueber das Eis auf der Schlei schreibt ein dänisches Blatt, die „Flensb. Ztg.“: Die breitesten Stellen sind allerdings zugefroren, weil daselbst fast gar keine Strömung stattfindet, während die engen Passagen der Schlei bei stärkerer Strömung zum Theil noch offen sind. An den meisten Stellen ist noch das Eis so dünn, daß an einen Uebergang groerer Truppen-massen mit Wagen, Kanonen und Cavallerie gar nicht zu denken ist, auch kann das Eis an der Stelle, wo künstliche Vorkehrungen zum Uebergange gemacht werden, durch Kanonen leicht gebrochen werden. Eine Annäherung des Feindes an die Schlei kann erst nach einer ver-lorenen Schlacht im Amte Htten vor der Dannenwistellung versucht werden, und nachdem der Paß im Thale der Nierbyau, zwischen Kochendorf und Holm (welches Thal überschwemmt werden kann) durchbrochen ist. Eben so kann das Thal der Treene und der Reiderau eben so gut bei Frost- als bei Thauwetter unter Wasser gefest werden. Das „Gid. und Stapelholmer Wochenblatt“ berichtet: Als am 4. d. bei Schwabstedt eine Colonne von 7 dänischen Munitions-wagen die Treene passirte, ereignete es sich, daß, nachdem die ersten 6 Wagen die Eisdcke passirt waren, der letzte einbrach und sammt dem Gepanck in die Tiefe versank; dem Fahrer gelang es, durch einen glücklichen Sprung sich zu retten.

Telegraphische Depeschen. Neumünster, 13. Januar. Eine Versammlung von 80 Predigern beschloß eine Adresse an den Bund für Anerkennung des Herzogs und Freitag eine Deputationsendung aus allen Provinzen an den Herzog, ferner eine Antwort auf die Adresse der deutschen Geistlichen. [Angef. 10 Uhr Vorm.] (Wolff's Z. B.)

Kiel, 13. Januar. Der Herzog empfangt viele angesehene Geistliche, darunter den bisher sehr reservirt gehaltenen Grafen Reventlow-Farve. [Angef. 10 Uhr Vorm.] (Wolff's Z. B.)

Breslau, 14. Jan. [Feuersgefahr.] In der Goldenen-Nadegasse Nr. 26 entstand heute Morgen bald nach 6 Uhr d. durch Feuersgefahr, daß in der dort im Keller befindlichen Glaswerksttte eine kleine Quantität Stroh und Holz durch Unvorsichtigkeit eines Lehrlings sich entzündet hatte. Die Feuerwehr war zwar bald zur Stelle, inzwischen aber das Feuer schon durch die Hausbewohner gelöscht worden.

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns: Der Barometerstand bei 0 Grad., in Pariser Linien, die Temperatur der Luft, des Wassers, der Sonne, der Erde, die Windrichtung und Stärke, Wetter.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 13. Januar, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war auf das Gerücht, daß der Boardvortrag der Bank sich abermals vermindert habe, in matter Haltung. Die Rente rffnete zu 66, 75, wief auf 66, 65 und wurde schließlich in trger Stimmung zur Notiz gehandelt. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91 eingetroffen. Schluss-Course: 3proz. Rente 66, 70. Italien. 5proz. Rente 69, 15. Italien. neueste Anleihe 69. 3proz. Spanien 49 1/2. 3proz. Spanien 46 1/2. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien --. Credit-Mobiliar-Aktien 102 1/2, 25. Lomb. Eisenb.-Aktien 521, 25.

London, 13. Jan, Nachm. 3 Uhr. Zrl. Consols 46 1/2. Silber 62 1/2. Consols 90 1/2. 3proz. Spanien 46 1/2. Mexikaner 35 1/2. 5proz. Russen 92. Neue Russen 88 1/2. Sardinier 85. Wien, 13. Jan., Nachm. 1 1/2 Uhr. Creditloose angeboten. 5proz. Metalliques 72, 85. 4 1/2proz. Metalliques 64, 20. 1854er Loose 90, --. Bank-Aktien 79 1/2. --. Nordbahn 163, 30. National-Anleihen 80, 25. Credit-Aktien 180, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 189, 50. London 119, --. Hamburg 89, 75. Paris 47, 15. Gold --. Böhmische West-bahn 135, 25. Neue Loose 137, 25. 1860er Loose 93, 55. Lomb. Eisenbahn 247, --.

Hamburg, 13. Jan., Nachm. 2 1/2 Uhr. Fest bei beschränktem Geschäft. Geld reichlich. Schluss-Course: ational-Anleihe 65 nom. Oesterreich. Credit-Aktien 74 1/2. Vereinsbank 104. Norddeutsche Bank 102 1/2. Rheinische 94. Nordbahn 55. Finnland-Anleihe 84 1/2. Disconto 3 1/2. Hamburg, 13. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco geschftlos, Loco-Lieferung fest, auswärts geschftlos. Roggen loco niedriger, ab Königsberg Frühjahr zu 56 offerirt, ab Memel mit Notabelaufsel 58 verlangt. Del Mai 24 1/2, Okt. 24 1/2. Kaffee, Markt bleibt günstig gestimmt, verlautet

2000 Sad Laguayra zu 7 1/2-8 1/2, 1500 Sad Bahia, 700 Sad Trilladen, 500 Sad Domingo, 1000 Sad diverse. Zucker fest, wenig offerirt. Zint verkauft Frühjahr 1000 Ctr. 12 1/2.

Liverpool, 13. Januar. [Baumwolle.] 2,000 Ballen Umfab. - Preise 1/2 niedriger. Fair Dhollera 23.

London, 13. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreide nominell. - Regen.

Amsterdam, 13. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen nominell. Roggen, loco nominell, Termine 1 bis 2 Fl. niedriger. Waps, Oktober 70. Rb 81 Mai 39 1/2, Herbst 39 1/2.

Berlin, 13. Jan. Nach einigen Tagen lebhafteren Geschäfts hat die Speculation sich heute wieder in eine leblich abwartende Stellung zurückgezogen. Der grote Theil der Effecten, in denen sie engagirt ist, war fast ganz ohne Bewegung und Thätigkeit. Der gut versorgte Geldmarkt war es fast ausschließlich, der der Börse einige Beschäftigung gab, aber auch das Effectengeschft bewegte sich in engen Grenzen, jedenfalls war es von geringem Verlauf als vorgestern und selbst gestern. Auch in hiesigen Papieren war ein sehr losloser Verkehr, die Haltung aber gegen gestern nicht verschlechtert, eher brachten auch hier comptante Anlagen keine Coursbesserungen hervor. Im Allgemeinen gebrte aber die heutige Börse zu den unbedeutensten, die wir seit langer Zeit gehabt haben. (B. u. S.)

Berliner Börse vom 13. Januar 1864.

Table with columns: Fonds- und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank und Industrie-Papier.

Berlin, 13. Jan. Weizen loco 50-58 Thlr. nach Qualität, meißbunter poln. 54 1/2-55 Thlr. bez. - Roggen loco erquitt neuer 36 1/2 Thlr. ab Bahn bez., neuer 36 1/2-37 Thlr. ab Bahn bez., Jan. 35 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Old, Jan.-Febr. und Febr.-März 35 1/2-35 Thlr. bez., Frühjahr 35 1/2-36 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Old, Ma-Juni 36 1/2-36 Thlr. bez. und Old, 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 37-37 Thlr. bez. - Gerste, große und kleine 30-34 Thlr. pr. 1750 Pfd. - Hafer loco 22-23 Thlr., Lieferun. pr. Jan. und Jan.-Febr. 22 Thlr. Br., Frühjahr 23-22 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 23 1/2 Thlr. bez., Juni-Juli 23 1/2 Thlr. Br. - Erbsen, Kocq. und Futterwaare 37-48 Thlr. - Rb 81 loco flüssiges 11 1/2 Thlr., gefrorenes 11 1/2 Thlr., Jan. 11 1/2-11 Thlr. bez. und Br., 11 Thlr. Old, Jan.-Febr. 11 Thlr. bez., Febr.-März 11 1/2 Thlr. Br., 11 Thlr. Old, April-Mai 11 1/2-11 Thlr. bez. und Old, 11 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 11 1/2 Thlr. bez. und Old, 1/2 Thlr. Br., Sept.-Okt. 11 1/2-11 Thlr. bez. - Leinöl loco 13 1/2 Thlr. Br. - Spiritus loco ohne Fa 14 1/2 Thlr. bez., Jan. und Jan.-Febr. 14 1/2-14 1/2 Thlr. bez., Br. und Old, Febr.-März 14 1/2-14 1/2 Thlr. bez. und Old, 1/2 Thlr. Br., April-Mai 14 1/2-14 1/2 Thlr. bez. und Old, 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 14 1/2-15 1/2 Thlr. bez., Br. und Old, Juni-Juli 15 1/2-15 1/2 Thlr. bez., Juli-Aug. 15 1/2-15 1/2 Thlr. bez.

Weizen geringes Geschäft. Roggen bleibt in effectiver Waare nicht so dringend offerirt und erzhovener die hohen Forderungen das Geschäft. Zu den notirten Preisen wurde dann auch nur für den Verlanbt und Consum mig gehandelt. Von Terminen gaben namentlich die späteren neuerdings nach, wogegen sich die nahen Lieferungen ziemlich im Werthe behaupten. - Zu den gemeldeten Coursen kamen belangreiche Umsätze zu Stande. Hafer matter. Rb 81 verhartete in ruhiger Haltung. Die wenigen Umsätze, welche bewerkstelligt wurden, influirten höchst unbedeutend auf die Preise und sind dieselben den gestrigen ziemlich gleich. Gel. 100 Ctr. Spiritus musste ebenfalls im Werthe etwas nachgeben.

Breslau, 14. Jan. Wind: Ost. Wetter: Frost. Thermometer Früh 14 Rtte. Der heutige Markt zeigte für alle Getreidegattungen wenig Kauflust bei mittelmäßigen Angeboten.

Weizen war eher ruhiger, pr. 84 Pfd. weißer 52-67 Sgr., gelber 52-59 Sgr., feinste Sorten aber Notiz bejahlt. - Roggen wurde billiger erlassen, pr. 84 Pfd. 38-40-42 Sgr. - Gerste schwerer verluflich, pr. 70 Pfd. weiße 35-37 Sgr., gewöhnliche 30-34 Sgr. - Hafer still, pr. 50 Pfd. 27-29 Sgr. - Erbsen wenig beachtet. - Widen ohne Umfab. - Schleifische Bohnen still. - Schaafein vernachlässigt. - Delsaaten mehr angeboten. - Rapstuchen wenig gefragt, 48-52 Sgr. pr. Ctr.

Table with columns: Sgr. pr. Schff., Sgr. pr. Ctr., Sgr. pr. Sack, Sgr. pr. 150 Pfd. Brutto.

Beantwortlicher Redacteur: Dr. Stein, Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.